

RE/au

Bern, den 23. Oktober 1975

Notiz

g/a Kon.

p. B. 73. E. O.  
p. B. 15. 21. E

Nach den vollstreckten Todesurteilen in Spanien

1. Politisches Geschehen

Die folgenden Länder zogen ihre in Madrid akkreditierten Botschafter zu Konsultationen zurück:

Belgien	28.9.	Grossbritannien	27.9.
BRD	27.9.	Italien	28.9.
Dänemark	27.9.	Kanada*	
Finnland		Oesterreich	30.9.
Frankreich*		Polen	28.9.
Griechenland		Portugal	27.9.
Norwegen	27.9.	Schweden	28.9.
Holland	26.9.	<u>Schweiz</u>	29.9.
		Vatikan	28.9

\*Die betreffenden Botschafter befanden sich aus anderen Gründen bereits nicht mehr in Spanien.

Die DDR hat am 3. Oktober die diplomatischen Beziehungen zu Spanien abgebrochen.

Seinerseits hat Spanien seine Botschafter in der DDR, in Holland, Norwegen, Portugal, Dänemark, Vatikan und Schweden zurückberufen.

Rückkehr der Botschafter an ihre Posten:

Vatikan	30.9.1975
<u>Schweiz</u>	<u>6.10.1975</u>
Oesterreich	9.10.1975
BRD	8.10.1975
Belgien	10.10.1975
Grossbritannien	8.10.1975
Frankreich	13.10.1975



- 2 -

Niederlande

Norwegen                    laut Pressemitteilung vom 12. Oktober ebenfalls  
Schweden                    an ihre Posten zurückgekehrt

Dänemark

Seit 16. Oktober vertritt die Schweiz die spanischen Interessen in  
der DDR

## 2. Reaktion der Oeffentlichkeit

Bis heute trafen an die 90 Briefe und Telegramme zuhanden  
des Bundespräsidenten bzw. des Bundesrates ein. Rund 30 Briefe,  
von denen die meisten vor dem 29. September eintrafen, verlangen  
mehr oder weniger vehement, dass der Bundesrat Massnahmen gegen  
Spanien ergreife. Unter anderem wird

- der Abbruch diplomatischer Beziehungen;
- der Rückzug des Botschafters;
- ein Waffenexportverbot und andere Boykottmassnahmen gefordert.

Nach dem am 29. September unser Botschafter abberufen wurde,  
trafen etwa 30 Schreiben ein, die die Massnahme stark kritisieren.  
Dabei stehen folgende Argumente im Vordergrund:

- bei anderer Gelegenheit wurde nichts dergleichen unternommen  
(Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968 werden angeführt);
- man habe sich von den anderen Ländern beeinflussen lassen;
- die Massnahme entspreche nicht unserer Neutralitätspolitik;
- es sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines  
Landes.

In 9 Briefen wird Unzufriedenheit darüber ausgedrückt, dass  
die Polizistenmorde nicht härter verurteilt werden.

7 Protesttelegramme kamen direkt aus Spanien.

Erwähnenswert schliesslich, dass 7 Schreiben eintrafen,  
in denen Genugtuung über die vom Bundesrat getroffene Massnahme  
ausgedrückt wird.

Unsere Botschaft in Madrid erhielt ca 400 Protesttelegramme!